

„Ein fatales Signal für den Rechtsstaat“

Das Arbeitsgericht Minden steht auf der Kippe, dennoch ist Direktor Rolf Nottmeier zuversichtlich. Politiker, Verbände, Gewerkschaften sowie Anwälte fordern den Erhalt des Standorts und äußern Protest.

Ilja Regier

Minden. Das Justizministerium plant, jedes zweite Arbeitsgericht in Nordrhein-Westfalen zu schließen und stattdessen Standorte zusammenzulegen. Das könnte auch Folgen für Minden und den kompletten Mühlenkreis haben. Noch ist keine Entscheidung über die 30 Standorte gefallen, aber auch die Weserstadt steht auf der Kippe. Der Direktor des Arbeitsgerichts, Rolf Nottmeier, ist dennoch guten Mutes. Politiker, Verbände, Gewerkschaften und Anwälte sprechen sich erneut für einen Erhalt in Minden aus.

Das Arbeitsgericht, das für alle Verfahren aus dem Kreis zuständig ist, könnte ersten Plänen des Justizministeriums zufolge nach Bielefeld verlegt werden. Vorgabe ist, dass Gerichte einen Abstand von mehr als 60 Kilometern benötigen, dann sind Außenkammern eine Option. Die Arbeitsgerichte zwischen Minden und Bielefeld liegen jedoch 50 Kilometer entfernt und würden nicht unter die Regel fallen. In dem Fall könnten monatliche Gerichtstage geplant werden.

Was hält Rolf Nottmeier, Direktor des Arbeitsgerichts, von diesen Ideen? Er könne nachvollziehen, dass es auch bei der Justiz Reformpläne gebe und dass man alles überprüfe. Nottmeier findet, dass es gute Argumente dafür gibt, in Minden einen dauerhaften Außengerichtsstandort zu erhalten. „Das würde der Region gerecht werden.“ In dem Fall würden die Servicemitarbeiter in Minden bleiben, auch die Rechtsantragsstelle würde nicht weichen. Die allgemeine Verwaltung wäre dann in Bielefeld zentralisiert. „Daraus können Synergieeffekte entstehen, man hätte strukturelle Vorteile und dauerhafte Verhandlungstage in Minden.“ Aus Nottmeiers Sicht habe man in Minden mit dem Gerichtszentrum eine gute Infrastruktur, außerdem seien die Wege für Verfahrensbeteiligte aus beispielsweise Stemwede nach Bielefeld nicht gerade kurz.

Derzeit sind am Arbeitsgericht Minden drei Richter, elf Mitarbeiter und 60 ehrenamtliche Richter tätig, die 2024 mehr als 1.350 Fälle bearbeitet haben, 2025 sind es bereits mehr als 1.400. „In den vergangenen zwei Jahren zählen wir mehr Verfahren und einen Anstieg von mehr als 20 Prozent“, sagt Nottmeier. Die Zahl der Fälle hängt auch mit der wirtschaftlichen Lage zusammen. Insolvenzen wie die von Kolbus oder Brüder Schlaw machen sich auch am Arbeitsgericht bemerkbar. Wann das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sein soll und ob sich daraus Änderungen ergeben, weiß auch Nottmeier



Das Arbeitsgericht gehört zum Gerichtszentrum und komplettiert es gemeinsam mit dem Amts- und Verwaltungsgericht.

MT-Archivfoto: Alex Lehn



Robert Falch hat mehrere Argumente für den Erhalt des Standortes in Minden.

Fotos (2): privat



Christina Weng (SPD) wehrt sich gegen die Pläne und spricht von einem Rückzug des Rechts.



Direktor Rolf Nottmeier hofft auf einen dauerhaften Außengerichtsstandort.

MT-Archivfoto: Ilja Regier

nicht. „Wir hoffen, dass die Argumente für die Region auch eine Berücksichtigung finden.“

Die heimischen Landespolitiker aus der Opposition sehen die Pläne von Benjamin Limbach (Grüne) kritisch. Mit dieser „Reform der langen Wege“ versperre er den Zugang zum Recht, meint Christina Weng (SPD). Sie nennt es einen regelrechten Justizabbau und spricht von einem Rückzug des Rechts und des Staats aus der Fläche. „Das ist ungeheuerlich und ein fatales Signal für den Rechtsstaat.“ Sie wolle im Landtag mit ihrer Fraktion nichts unversucht lassen, damit der Standort Minden wieder von der Streichliste komme.

Auch Thomas Röckemann (AfD) sieht die Pläne mit großer Sorge: „Wichtige Aspekte wie der ortsnahe Zugang zum Recht, wirtschaftliche Aspekte der

Verfahrensbeteiligten, die lokale Expertise der ortsansässigen Richter und damit Steigerung der Effizienz und Akzeptanz, nicht zuletzt die strukturelle Bedeutung sowie die Verfahrensoökonomie werden hinten angestellt.“ Er stelle sich auch als Rechtsanwalt gegen die Pläne der schwarz-grünen Landesregierung und positioniert sich für den bewährten, heimischen Standort.

Verhaltensener ist da Bianca Winkelmann (CDU), sie teilt zu den Plänen mit: „Es geht darum, die Qualität sowie die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der einzelnen Standorte zu verbessern.“ Als Landtagsabgeordnete aus dem ländlichen Raum sei ihr die gute Erreichbarkeit von Gerichten für Bürger, aber auch für Unternehmen in der Region wichtig. Bei umsichtiger Ausge-

staltung der Reform sehe sie keinen Widerspruch.

Für den Vorstandssitzenden des Arbeitgeberverbands (AGV) Minden-Lübbecke, Robert Falch, ist der Abstand zum möglichen, zukünftig zuständigen Arbeitsgericht Bielefeld ein Problem. Das nördliche Petershagen mit Schlüsselburg oder Wasserstraße sei fast 80 Kilometer von Bielefeld entfernt. Dafür müsste man mehr als eine Stunde Fahrzeit einplanen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln sogar fast drei Stunden. „Das kann nicht mehr als bürgernahe Gerichtsbarkeit bezeichnet werden“, resümiert Falch, der auch Geschäftsführer von Minda Industrieanlagen ist.

Daran ändern für ihn auch nicht die vorgesehenen Pläne für Gerichtstage in Minden nichts. „Sie sind organisatorisch anfällig und garantieren keine

dauerhaft festgeschriebene Gerichtsnahe, wie sich bei den inzwischen abgeschafften Gerichtstagen des Sozialgerichts in Minden gezeigt hat“, teilt Falch mit. Seiner Ansicht nach stehen die hiesigen Arbeitgeber mit ihren Beschäftigten schon jetzt unter erheblichem Anpassungsdruck angesichts der wirtschaftlichen Bedingungen und der besonderen Herausforderungen in der Zukunft. „Da braucht es hier vor Ort verlässliche Strukturen in der Arbeitsgerichtsbarkeit.“

Andreas Bilz, Geschäftsführer der IG Metall Minden, schaut angesichts der Pläne genauer auf die Region. Sie sei wirtschaftlich stark geprägt von mittelständischen Betrieben und Hidden Champions mit entsprechend hohem Verfahrensaufkommen. Er fordert eine auswärtige Kammer in Minden und nicht nur Gerichtstage. Jens Wölke, Vorsitzender des Mindener Anwaltsvereins Minden, spricht sich für die vor-

Viele positive Rückmeldungen

handenen gewachsenen Strukturen und das langjährige Vertrauen in die hiesige Richterschaft aus. Zusammen mit der mittelständisch geprägten regionalen Wirtschaft führe das zu einer besonders effizienten und verfahrensschleunigenden Zusammenarbeit.

Axel Müller vom DGB Rechtsschutz in Minden fordert den Erhalt der Rechtsantragsstelle. Dort könne Arbeitnehmern ohne Anwalt oder Rechtsschutz unbürokratisch bei einer Klageerhebung geholfen werden. „Das ist eine große Hilfe für Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen.“ Für ihn sei das völlig unvorstellbar, dass dies alles über ein neues zentrales Großgericht in Bielefeld so weitergeführt werden könnte. Auch er hält von den in den Reformplänen vorgeschlagenen, festen Gerichtstagen wenig. Das Beispiel des Sozialgerichts Detmold zeige, wie schnell diese sang- und klanglos verschwinden können. Für Minden sind diese in der Theorie vorgesehen, in der Praxis finden sie nicht statt.

So oder so: Der Direktor des Arbeitsgerichts, Rolf Nottmeier, freut sich, dass er viele positive Rückmeldungen von den Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Anwälten und Politikern erhalten habe. „Das zeugt von großer Wertschätzung und spricht für die gute Arbeit, die wir im Rahmen der Streit-schlichtung leisten.“